

Hier rein, da raus

FINANZEN / Kölner Forscher sagen: Für den Erfolg einer Steuerreform zählt neben Zahlen vor allem die gefühlte Belastung.

DAGOBERT ERNST

KÖLN. Schlechter gehts nimmer: Diese Erkenntnis hat die Kölner Forschungsstelle für empirische Sozialökonomik schon vor vier Jahren gewonnen - in Sachen Steuermentalität. 67 Prozent der damals mehr als 1000 repräsentativ befragten Steuerzahler empfanden die Abgaben als viel zu hoch. Im kommenden Jahr sollen die Steuern nun sinken, so will es die Bundesregierung. Und die Stimmung steigen.

Denn: „Es kommt drauf an, was der Steuerzahler fühlt“, sagt Wolfgang Franzen. Im Auftrag des Bundes der Steuerzahler hat Franzen vor vier Jahren die bisher jüngste Studie zu Steuermentalität, -mentalität und -belastungsgefühl koordiniert. Seine Erkenntnis nach fast 50 Jahren Steuerforschung: „Nur wenn die geplante Steuersenkung insgesamt positiv bewertet wird, hat sie Erfolg“. So ist es vor allem das Negativbild öffentlicher Verschwendung, das die Steuermoral in den vergangenen Jahren drastisch sinken

ließ. Gebe der Staat neben einer Entlastung vor allem die Perspektive nötiger Reformen - die tatsächliche Gegenüberstellung von Ent- und Belastungen im kommenden Jahr fiele nicht so sehr ins Gewicht, sagt Franzen.

Dabei sind etliche Belastungen in der Diskussion: Höhere Tabaksteuern (bis Ende 2004 ein Euro mehr pro Packung), weniger Geld für Fahrten zum Arbeitsplatz (nur Strecken mit mehr als 20 Kilometern könnten noch steuerlich abgesetzt werden, der Wegfall der Eigenheimzulage und eine ganze Litanei im Gesundheitsbereich: höhere Zuzahlungen (bei Arzneien zwischen 1,50 und drei Euro je Packung), mehr Eigenleistung beim Krankenhaus-Aufenthalt (zwölf statt bisher neun Euro pro Tag) und 15 Euro Sondergebühr im Quartal, wenn der Facharzt - mit gewissen Ausnahmen - ohne Konsultation des Hausarz-

tes besucht wird. Außerdem soll es Brillen auf Kassenkosten nur noch für Jugendliche und bei schweren Sehfehlern geben. So schlägt es Gesundheitsministerin Schmidt (SPD) vor. Nach den Plänen der Union würden die Patienten demnächst generell zehn Prozent der Kosten für Medikamente, Krankenhausaufenthalte und Arztbesuche, mindestens aber fünf Euro, selbst tragen.

Wie real ist die Entlastung?

Und: Den gesetzlichen Anteil an Zahnersatz sollen Patienten künftig selbst tragen. Kosten laut dem Verband der privaten Krankenversicherer: 7,50 Euro für jeden Erwachsenen. Was überdies die Kommu-

nen, in höchster Not, an Gebühren draufsatteln, ist nach Auskunft des Städtetages „völlig offen“. Klar scheint dagegen zu sein, dass die Länder ihre Etats erleichtern wollen - etwa wie in NRW über Abschläge bei Weihnachts- und Urlaubsgeld der Beamten.

Was dem gegenüber steht: Steuererleichterungen, die das Bundesfinanzministerium centgenau auflistet (www.bundesfinanzministerium.de); damit es sich besser liest auf der Basis der Steuerlast von 1998, was dann im Einzelfall schon mal wie eine prozentuale Ersparnis von 60 bis 70 Prozent daher kommt, mithin eindrucksvoll wirkt.

Ob die Entlastung aber überhaupt real ist? Wolfgang Wawro, Vize-Präsident des Deut-

schen Steuerberater-Verbandes, ist da skeptisch: „Da geht das Geld in die eine Tasche hinein und aus der anderen wieder hinaus“ (Siehe dazu unten die Beispielrechnungen). Auf der anderen Seite glaubt Wawro an das Vermögen zur Einsicht bei den Bürgern, „weil es etwa im Gesundheitssystem nicht mehr so weiter gehen kann.“

Dies ist auch die psychologische Chance der Steuerreform - die wenigstens eines erhöhen könnte: die Steuermentalität, sagt Wolfgang Franzen. Wenn der Steuerzahler sehe, dass die Politik etwas zur Reform unternimmt, wachse das Vertrauen in das Steuersystem. Eines sei seit eh und je klar: Je geringer die Steuern, desto geringer der Steuer-Widerstand. (NRZ/Foto: Kurt Michelis)

